Schnelles Internet nicht für alle möglich

Gemeinde Auerbach kann die höchstmögliche Förderung nicht ausschöpfen

Der Gemeinderat hat die Einleitung des Auswahlverfahrens für den Breitbandausbau in der Gemeinde beschlossen. Nach Kostenschätzung des Planungsbüros werden die Investitionskosten bei rund 610.000 Euro liegen. Der Baubeginn könnte im September erfolgen. Die Bauphase werde 12 bis18 Monate in Anspruch nehmen. Ein Wermutstropfen dabei – nicht alle Ortsteile können mit schnellem Internet versorgt werden. Die Sitzung leitete 2. Bürgermeister Andreas Hackl für Bürgermeister Gerhard Strasser, der nach einer Metallentfernung noch ans Krankenbett gebunden ist.

Kurioserweise liegt es nicht am Geld, dass nicht alle 45 Ortsteile Auerbachs vom Ausbau der Breitbandversorgung profitieren können. Vielmehr liegt es an den technischen Voraussetzungen, die einen Ausbau mit wirtschaftlichen Mitteln nicht zulassen. 610.000 Euro geschätzte Investitionskosten lassen eine Deckungslücke für die Gemeinde von rund 488.000 Euro erwarten. Die Differenz kann der Betreiber selber erwirtschaften. Die Gemeinde wiederum erhält 80 Prozent Förderung durch den Freistaat, so dass der Eigenanteil der Gemeinde rund 100.000 Euro beträgt. Besonders ärgerlich: Die Gemeinde könnte laut Zuwendungsbescheid des Freistaats beinah die doppelte Deckungslücke, nämlich 950.000 Euro, verbauen. Das wiederum ist unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht möglich, weil man keinen Anbieter dafür bekommt. Diese Problematik machte Michael Himmelstoß vom Planungsbüro IK-T aus Regensburg deutlich, der dem Gemeinderat die Planung erläuterte. Beim Breitbandausbau erfolgt die Verlegung von Glasfaserkabeln zu Verteilungspunkten. Von dort wird das bestehende Kupferleitungsnetz benutzt. „Das Problem der Kupferleitungen liegt darin, dass die Leistung mit zunehmender Länge abfällt“ so Himmelstoß. In Flächengemeinden mit vielen Weilern bestehe aber eine große Entfernung zu den Verteilungspunkten. Die Errichtung neuer Verteilungspunkte setzt wiederum eine Anzahl von mindestens 30 Anschließern voraus. Die habe man in den Weilern aber nicht. Vieles ist vom bestehenden Kupferleitungsnetz abhängig. Die verschiedenen Vorwahlbereiche sind jedoch untereinander nicht verbunden. Teils ist man auch vom Breitbandausbau in den Nachbargemeinden angewiesen, um Verbesserungen zu erreichen. Die Planung sieht nun vor, das Glasfaserkabel von Oberauerbach nach Auerbach zu verlegen. Dabei kann das vorhandene Leerrohr in der Hauptstraße genutzt werden. Profitieren werden davon Kaltenbrunn und Berging. Vom Ausbau in Oberauerbach wird sich die Situation in Unterbach, Gödert und Rothmühle verbessern. Aus der Gemeinde Schaufling ist die Verlegung eines Glasfaserkabels nach Prechhausen geplant. Davon wird man in Utting, Vorderreit und Kohlhaus profitieren. Engolling ist bereits mit einem Glasfaserkabel und mehr als 30 MBit/s versorgt. Von dort ist die Verlegung eines Glasfaserkabels nach Loh vorgesehen, wo drei Verteilerpunkte erforderlich sind. Entlang der Kreisstraße in Loh beabsichtigt die Gemeinde die Verlegung eines Leerrohres, was die Kosten reduziert. Höhere Bandbreiten werden sich dadurch für die Ortsteile Birkenöd, Lukasöd und Schweinbach ergeben. Aus der Gemeinde Lalling ist die Verlegung des Glasfaserkabels über Vorderherberg nach Mapferding vorgesehen. In Hötzelsberg sollten dann noch 3 bis 6 MBit/s ankommen.
Die Ortsteile Ober-/Untersteinhausen, Diederting, Zolling, Hitting und Steining sind über Unterfrohnstetten versorgt. Da der Bereich Unterfrohnstetten bereits ausgebaut ist, ist dort keine Verbesserung zu erwarten. Durch den geplanten Ausbau in Kaußing profitiert man in Wainding, Hinterreit und Einöd. Die Ortsteile Ober-/Untersteingrub, Obernbach werden über Schwarzach versorgt. Bei einem Ausbau in Schwarzach kommt aufgrund der großen Distanz dort aber nichts mehr an. Diese Ortsteile bleiben daher als schlecht versorgtes Gebiet übrig. Hundsberg und Ernsting würden von einem Ausbau in Buch und Zilling profitieren. Allerdings ist noch nicht bekannt, ob der Markt Hengersberg dort auch ausbauen wird. Michael

Himmelstoß informierte auch über die Hybridtechnik von Telekom, einer Kombination von Festnetz und Funk, bei der zum Download eine höhere Bandbreite dazu geschaltet wird.

„Rechtswidriges Verhalten nicht erkennbar“

Gemeinde Auerbach gibt Erklärung zum Gehwegbau in Loh beim Landratsamt ab

Zweiter Bürgermeister Hackl und Geschäftsleiter Robert Alfery informierten den Gemeinderat über diverse Schreiben, die den Gehwegbau in Loh betreffen. So hatten sich Loher Bürger mit einer Unterschriftenliste an Landrat Christian Bernreiter gewandt. Dieser ließ jedoch mitteilen, dass es dem Landratsamt grundsätzlich verwehrt sei, sich in die gemeindlichen Planungen durch Anweisungen einzumischen. Die Entscheidung über den Gehwegbau liege allein beim Gemeinderat. Dass die geplante Baumaßnahme in Abstimmung mit dem Landkreis in zeitlichem Zusammenhang mit einer Asphaltoberbauverstärkung der Kreisstraße erfolgen soll, nannte der Landrat sinnvoll und nachvollziehbar. Erst wenn sich die Gemeinde rechtswidrig verhalten würde, könne die Rechtsaufsicht einschreiten.
Daraufhin wurde das Landratsamt seitens der Interessengemeinschaft Loh um rechtsaufsichtliche Überprüfung der Verhaltensweise der Gemeinde gebeten. Als Begründung wurde angeführt, dass die Gemeinde zum Zeitpunkt des Gemeinderatsbeschlusses noch nicht zu Hundert Prozent Eigentümer des für den Gehweg benötigten Grundstückes war. Geschäftsleiter Alfery verlas die ausführliche Stellungnahme der Gemeinde, zu der man vom Landratsamt aufgefordert wurde. „Ein rechtswidriges Verhalten sei für die Gemeinde in keiner Weise erkennbar“, so das Resumee der Stellungnahme. Darüber habe aber nun das Landratsamt zu befinden.

2. Bürgermeister Hackl teilte mit, dass die Aussage des Landrats im Bericht der DZ vom 28. Januar „Kleinere Brötchen für die Kreisstraßen“ für Irritationen gesorgt habe. Er habe den Landrat daraufhin angesprochen, ob er die Aussage so, wie in der DZ wiedergegeben, getroffen habe. Dabei stellte der Landrat klar, so Hackl, dass von ihm nur das Zitat „Ob wir die Planung so umsetzen können, liegt bei der Gemeinde“, stamme. Der Satz „Sollten sich die Loher nicht einigen können, müsse der Landkreis notfalls einfach nur die Straße ausbauen“, stamme nicht von ihm, dieser Satz sei eine Interpretation der Presse.
Die Gemeindeverwaltung verfügt nun wieder über drei Standesbeamte. Die Verwaltungsangestellte Claudia Asen hat am zweiwöchigen Einführungslehrgang für Standesbeamte mit Erfolg teilgenommen. Der Gemeinderat hat sie nach der erforderlichen Einarbeitungszeit zur Standesbeamtin bestellt.
Keines der gemeindlichen Objekte ist gegen Glasbruch versichert. Der neue Krippenbau verfügt aber über große Glasflächen. Ein Glasschaden kann daher teuer zu Stehen kommen. 2. Bürgermeister Hackl schlug daher den Abschluss einer Glasversicherung vor. Diese kostet 209 Euro im Jahr. Der Gemeinderat stimmte dem einstimmig zu.

Zustimmung gab es seitens des Gemeinderats auch für den Antrag auf Vorbescheid von Franz Behammer aus Ernsting zur Umnutzung des Dachgeschosses der Scheune zu einer Betriebsleiterwohnung. Vier Bauvorhaben, zwei im Baugebiet Heigl-Bugl, einem im Baugebiet Buchenhain und einem im Baugebiet Pfarrerfeld, wurden Genehmigungsfreistellungen erteilt, wie 2. Bürgermeister Hackl informierte.

Geschäftsleiter Alfery teilte mit, dass für den Ersatzneubau der Brücke bei Brand eine artenschutzrechtliche Untersuchung erforderlich ist, obwohl die Brücke wieder an gleicher Stelle errichtet wird. Dies sei der Lage im FFH-Gebiet geschuldet, wie eine Besprechung im Land-

ratsamt ergeben habe. Der Auftrag wurde für die Untersuchung wurde einem Fachbüro für Öko-Consulting in Altötting erteilt. Die Kosten liegen bei 2.142,00 €.